

Entwicklungsfinanzierung

Laut Weltentwicklungsbericht 2000/2001 der Weltbank leben gegenwärtig 1,2 Milliarden Menschen in extremer Armut. Sie verfügen pro Tag über weniger als einen US-Dollar; 2,8 Milliarden müssen mit weniger als zwei US-Dollar auskommen. Besonders betroffen sind Afrika südlich der Sahara und der südasiatische Subkontinent. Um diese weltweite Armut wirksam zu bekämpfen, braucht es zweifellos vielfältige Maßnahmen, die ihrerseits ausreichende Mittel erfordern. Woher aber sollen die dafür nötigen Gelder kommen? Mit genau dieser Frage wird sich die Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung vom 18. bis 22. März 2002 in Monterrey in Mexiko beschäftigen. Hauptthemen werden sein: Mobilisierung heimischer und internationaler Ressourcen, Handel und Entwicklung, staatliche Entwicklungszusammenarbeit, Verschuldung und internationales Finanzsystem.

Grundlage jeder Entwicklungsfinanzierung muß es sein, in den jeweiligen Ländern selbst möglichst viele Mittel zu mobilisieren. Dies verlangt zuallererst den Aufbau leistungsfähiger und zuverlässiger Finanzinstitutionen sowie eines gerechten Steuersystems. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei der Politik, den Zentralbanken und Finanzakteuren wie Banken und Versicherungen, die gemeinsam für Geldwertstabilität sowie Transparenz und Kontrolle im Finanzsektor sorgen müssen. Zu welch verheerenden Folgen schwere Fehler, Mißwirtschaft und Korruption in diesem Feld führen, haben die Asiatische Krise 1997 oder die gegenwärtige Krise in Argentinien gezeigt.

Ein ebenso wichtiger, häufig aber vernachlässigter Aspekt ist die Notwendigkeit, möglichst allen Bevölkerungskreisen, besonders den Frauen, Zugang zu Finanzinstitutionen zu ermöglichen. Denn selbst die Armen, ausgenommen die Allerärmsten, können in einem gewissen Umfang sparen, brauchen kleine Kredite für ihre Kleinstunternehmen und wünschen sichere Rücklagen für Notfälle. Aus diesem Grund sind schon seit längerem in den meisten Entwicklungsländern sogenannte Mikrofinanzinstitute entstanden, die Sparvereine bis hin zu bankenähnlichen Einrichtungen umfassen. Sie sind auf diese Bedürfnisse ausgerichtet und bieten ihre Dienste kundennah an.

Eine wichtige, jedoch nur ergänzende Rolle werden freilich auch in Zukunft internationale Finanzmittel spielen. Für viele Entwicklungs- und Transformationsländer, besonders die Schwellenländer, sind schon seit Jahren private ausländische Direktinvestitionen, aber auch kommerzielle Kredite die wichtigste Quelle. Ärmere Länder bleiben dagegen weiterhin auf staatliche Entwicklungshilfe durch die Industrieländer angewiesen, da sie für privates Kapital selten attraktiv genug sind. Diese Hilfe sollte an die allerärmsten Länder nur noch in Form nicht rückzahlba-

rer Zuschüsse vergeben werden, um untragbare Schuldenlasten von vornherein zu vermeiden. Denkbar sind auch internationale Ausgleichszahlungen, um einen starken Preisverfall von Exportgütern dieser Länder auf dem Weltmarkt abzufedern. Aber auch viele Länder mittleren Einkommens werden weiter Entwicklungshilfe brauchen, die zu möglichst großzügigen Bedingungen und armenorientiert geleistet werden sollte. Sonstiger Kreditbedarf kann weithin der Privatwirtschaft überlassen werden.

Ein weit schwierigeres Thema ist das internationale Finanzsystem mit seinen grenzüberschreitenden Aktivitäten, das schon lange im Kreuzfeuer der Kritik der Globalisierungsgegner steht. Ein Großteil dieser Transfers entzieht sich jeder Kontrolle und damit auch der Besteuerung. Am meisten Sorgen bereitet aber der lawinenartig angewachsene Handel mit Währungen und Portfolios (Aktien, Anleihen usw.). Man schätzt, daß allein auf den Devisenmärkten gegenwärtig rund 3000 Milliarden US-Dollar täglich gehandelt werden. Diese Transfers werden oft als Spekulationen scharf verurteilt, was aber so pauschal nicht berechtigt ist, da sie auch ökonomisch sinnvoll sein können, etwa um den Handel gegen starke Währungsschwankungen abzusichern. Ein weiteres Problem stellt die Kurzfristigkeit und die damit verbundene Instabilität bzw. Volatilität dieses Handels mit Finanztiteln dar. So kann etwa der massive Verkauf der Währung eines Krisenlandes in kürzester Zeit nicht nur dieses Land selbst in eine tiefe Rezession stürzen, sondern auch gewaltige Turbulenzen in Nachbarländern und im internationalen Finanzsystem auslösen.

Aus diesem Grund bemüht man sich seit einiger Zeit um eine „internationale Finanzarchitektur“, die mehr Transparenz, Kontrolle und Zuverlässigkeit in diesen Bereich bringen soll. In der Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang meist nur die sogenannte Tobin-Steuer diskutiert, ein weltweiter Steuersatz von 0,05 bis 0,5 Prozent auf jeden Handel mit Finanztiteln. Sie hat eine Umlenkung von kurzfristigen zu längerfristigen Transaktionen zum Ziel und soll zugleich Mittel für globale Aufgaben erbringen. Man wird über den Nutzen und die Machbarkeit dieses Vorschlags weiter nachdenken müssen, aber es handelt sich dabei keineswegs um das einzige oder wichtigste Instrument. Sehr viel schnellere Wirkung hätte wohl ein großzügiger Schuldennachlaß, ohne den nicht nur die allerärmsten, sondern auch viele andere hochverschuldete Länder kaum imstande sein dürften, sozial und ökologisch verträgliche Reformen einzuleiten. Jeder Nachlaß solcher Art muß allerdings strikt daran gebunden sein, daß er tatsächlich den Armen zugute kommt.

Schon dieser kurze Aufriß zeigt, wie komplex die Fragen sind, die in Mexiko behandelt werden sollen. Einige wichtige Anstöße zu diesem Themenkreis gibt eine Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“, die Ende Januar 2002 im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz unter dem Titel „Globale Finanzen und menschliche Entwicklung“ veröffentlicht worden ist. *Johannes Müller SJ*